

SED drosselt Konsumgüter-Produktion

Großbetriebe lösen „Abteilungen für Massenbedarfsartikel“ auf

Seit kurzer Zeit werden in den sowjetzonalen Großbetrieben vor drei Jahren gebildeten „Abteilungen für Massenbedarfsartikel“ aufgelöst. Sie waren nach dem Juni-Aufstand entstanden, um im Rahmen des sogenannten „Neuen Kurses“ den Markt mit dringend benötigten Konsumgütern aufzufüllen. Im Zuge dieser Politik nahmen zahlreiche Industriebetriebe die zusätzliche Produktion von Staubsaugern, Rasierapparaten, Küchengeräten und sogar Möbeln auf. Bis 1955 verstanden es diese VEB, aus derartigen „Abfallproduktionen“ riesige Gewinne zu schlagen und mit diesen Gewinnen teilweise ihre sonstigen Defizite zu decken. Seit die Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung überhand genommen haben, stellten die „Abteilungen für Massenbedarfsartikel“ nach und nach ihre Fertigung ein.

Für den Konsumgütermarkt ist dies erst einmal ein harter Schlag. Die Auflösung der betreffenden Abteilungen erfolgt mit dem Hinweis, derartige Nebenproduktionen könnten im neuen Fünfjahrplan nicht mehr geduldet werden. Die Fertigung von Massenbedarfsartikeln sei einzig und allein Sache der Leichtindustrie. Diese ist jedoch noch völlig unentwickelt, es wird mindestens ein bis zwei Jahre währen, bis die Produktion von ihr im bisher bekannten Umfang aufgenommen werden kann.

Der Fall „Stoppke“

Ein Beispiel: Die Elektro-Apparate-Werke „J. W. Stalin“ in Ostberlin fertigten bisher den sowjetzonalen Standard-Staubsauger „Stoppke“ in ihrer Abteilung für Massenbedarfsartikel als gewinnbringende Nebenproduktion. Seit vier Wochen ist dieser vom Markt verschwunden. Als neuer Hersteller für Staubsauger firmiert die Firma Knoblauch in Leipzig. Aber ihre Produktionskapazität beträgt nur ein Fünftel derer der EAW Treptow. Über Nacht sind Staubsauger wieder Mangelware geworden.

Die Sache hat jedoch noch eine andere Seite. Die Elektro-Apparate-Werke in Treptow haben mit ihrem Gewinn aus

der Bedarfsartikel-Fertigung die Modernisierung des übrigen Maschinenparks finanziert. Die für 1957 erhofften Gewinne sind Bestandteil des betrieblichen Wirtschaftsplans. Darüber hinaus ist immerhin ein Teil des Werkes auf eine derartige Produktion eingerichtet. Die unerwartete Umstellung kostet das EAW auf ersten Anheb rund eine halbe Million DM-Ost. Ähnlich ist es bei „Bergmann-Borsig“ in Pankow. Dieser Betrieb hat einen wesentlichen Teil seines Wiederaufbaus mit der Massenbedarfsfertigung finanziert. Hunderttausende wurden investiert, um Dinge, wie einen elektrischen Rasierapparat, in Serienfertigung zu nehmen. Jetzt befehlen die übergeordneten Ministerien die völlig unmotivierte Einstellung aller dieser Produktionen. Auf dem Markt entsteht ein Vakuum, in das keine Neuproduktion einzuströmen vermag. Der Verbraucher und die bisher mit der Herstellung sogenannte Massenbedarfsartikel beauftragten Werke sind gleichermaßen leidtragend. Was aber hat sich die SED dabei gedacht?

Vorrang: Exporte!

Die SED will, daß alle betroffenen VEB ihre ganze Kraft auf die Produktion west-

voller und devisenbringender Exportgüter verwenden. Kein Gramm kostbaren Materials soll dieser Produktion verlorengehen. Den Außenhandelsorganen ist es daher seit langem ein Dorn im Auge, daß Maschinenkraft, Facharbeiter und Rohstoffe — auch wenn es sich um Abfallmaterialien handelt — für andere als Exportzwecke beansprucht werden. Dazu kommt, daß einige Betriebe, wie z. B. der Ostberliner VEB „GASELAN“, aus Profitgründen stillschweigend auch für die Hauptproduktion bestimmte Materialien an die „Abteilungen für Massenbedarfsartikel“ abzwigten. Sie wurden dadurch zwar rentabel, erfüllten aber ihren Exportplan nicht mehr.

Die Fachleute sagen, daß nun für etwa ein bis anderthalb Jahre die Kaufkraft der Ostmark absinken wird. Die wichtigsten Betriebe der Leichtindustrie schleppen angesichts der katastrophalen Rohstofflage ihre Produktion nur mühsam dahin. Die zum Teil privaten Kleinbetriebe, denen jetzt die Fertigung der bisher von den Großbetrieben miterledigten Massenbedarfsproduktion übertragen wird, wissen mit solcher Ehre wenig anzufangen. Und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo man aus Gründen wirtschaftlicher Planung unbedingt die Kaufkraft der Ostmark abschöpfen müßte! Denn wäre die SED tatsächlich imstande, noch in diesem Jahr die Rationierung aufzuheben, müßten die Lebensmitteläden nach acht Tagen schließen! Jedermann würde Lebensmittel kaufen, weil es ja keine anderen Bedarfsartikel — die zur Kapitalsanlage verführen — gibt.

Der gemeinsame Markt

DT. Die Arbeiten an den Verträgen über den Gemeinsamen Markt nähern sich ihrem Ende. Die Sachverständigen geben sich optimistisch. In Brüssel sollten die sechs Außenminister noch die letzten offenen Fragen klären. Das Ziel ist, das Vertragswerk noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages unter Dach und Fach zu bringen. Aber diesmal drängen die Franzosen und die Engländer noch mehr als die Deutschen. Frankreich und England sind nicht mehr in der Lage, auf die Dauer die europäische Stellung in Übersee allein wirtschaftlich und damit politisch zu halten. Deshalb verlangen sie jetzt, anders als noch vor geraumer Zeit, nach europäischer Solidarität.

Der Grundgedanke des Gemeinsamen Marktes ist, eine Zollunion der sechs bereits in der Montan-Union zusammengeschlossenen Länder zu schaffen, in der innerhalb von 12 bis höchstens 17 Jahren sämtliche Zölle sozusagen bis auf den Nullpunkt abgebaut werden. Darüber hinaus soll in dieser Gemeinschaft eine Anzahl von Grundsätzen durchgeführt werden, die bereits in der Montan-Union verwirklicht sind: Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen (Kontingente), der Subventionen, der Diskriminierungen aller Art, des Frachtenbruchs usw. Der institutionelle Aufbau soll ebenfalls der Montan-Union nachgebildet werden, wenn auch nicht ihm gleichen: Parlament, Gerichtshof, Ministerrat der Mitgliedstaaten und eine Europäische Kommission, die in abgewandelter Form das Gegenstück zur Hohen Behörde der Montan-Union, also die Regierung darstellen soll. Daß der Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft vollkommen sein muß, ist ein besonderes Prinzip. Ausweichmöglichkeiten bestehen so weit, daß innerhalb der 12 bis 17 Jahre gewisse Aufschübe möglich sind. Sicher wird jedes Land versuchen, die „interessanten“ Zölle möglichst lange aufrechtzuerhalten. Aber am Ende wird es gezwungen sein, auch sie abzubauen.

Für den Zusammenschluß der sechs Volkswirtschaften zu einem Binnenmarkt wird entscheidend sein, wieweit die politischen Instanzen der einzelnen Länder bereit sein werden, Opfer zugunsten der Gemeinschaft zu verantworten. Das Problem, wie dem notleidenden Schleswig-Holstein oder Niedersachsen von den anderen Bundesländern bzw. dem Bund geholfen werden kann, wird sich, auf die europäische Ebene übertragen, auch im Gemeinsamen Markt stellen. So verspricht sich Italien den Ausbau der unterentwickelten Gebiete Südtaliens, wozu es allein finanziell nicht fähig ist. In Frankreich befürchtet man, die uneingeschränkte Konkurrenz nicht verkraften zu können, und erwartet deshalb — nicht zuletzt zur Aufrechterhaltung der Währung — gewisse Schutzklauseln während einer Übergangszeit. Frankreich will seine Einfuhrabgaben und die Subventionen der Ausfuhr, mit deren Hilfe der unechte Wechselkurs verdeckt wird, zunächst beibehalten.

Darüber hinaus wünscht Frankreich die Abnahme von Produkten aus Afrika und die Beteiligung der Mitgliedstaaten an den Investitionen in seinen afrikanischen Besitzungen. Auf der Gegenseite erhebt sich die Frage, wieweit man sich an Investitionen in einem Gebiet beteiligen soll, dessen politische Zukunft einigermaßen problematisch ist.

In England ist der Plan der Zollunion lebhaft begrüßt worden. Die britische Regierung ist mit dem Vorschlag einer Freihandelszone hervorgetreten. Eine solche Zone würde England erlauben, seine Waren zollfrei in das Gebiet der Zollunion einzuführen, also undiskriminiert im Wettbewerb zu bleiben. Umgekehrt würde sich den vom europäischen Kontinent kommenden Waren der Markt des Vereinigten Königreiches öffnen. Eine weit gespannte europäische Freihandelszone hätte Vorteile, zumal etwa die skandinavischen Länder wirtschaftlich genügend entwickelt sind, um uneingeschränkte ausländische Konkurrenz ertragen zu können. Dies gilt freilich nicht bzw. nur sehr bedingt für Länder wie die

Türkei, Griechenland und Portugal. Sicher werden die Verhandlungen über die große europäische Freihandelszone länger dauern als die Vertragsverhandlungen über den Gemeinsamen Markt. Ministerpräsident Mollet hat soeben von einer voraussichtlich stabilen Mehrheit in der französischen Kammer für den Gemeinsamen Markt gesprochen. In der Bundesrepublik sind diesmal auch die Sozialdemokraten für die Fortführung der europäischen Integration, obwohl sie in den Anfangszeiten — Europa, Montan-Union — gegen sie gestimmt haben. Die Sozialdemokraten wünschen eine möglichst starke Zentralgewalt für den Gemeinsamen Markt.

Nachdem die Vertragsverhandlungen fast völlig hinter verschlossenen Türen geführt worden sind, muß sich die Öffentlichkeit erst an den Gedanken gewöhnen, daß in Europa ein so ausgedehnter Binnenmarkt geschaffen werden soll. Entscheidend ist vor allem, daß der Vertragsentwurf kein Zurück kennt. Die Umwälzungen, die er für die Wirtschaft Europas und Kolonialafrikas mit sich bringen kann, lassen sich nur ungefähr ahnen. Wird er eines Tages nicht auch zu einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Währungen — vielleicht zu einer Einheitswährung — führen? Deshalb kommt besondere Bedeutung auch der Frage zu, welche Vollmachten die sogenannte Europäische Kommission erhalten soll, ist sie als oberste Verwaltungsspitze gedacht, die nur nach „europäischen Gesichtspunkten“ handelt, oder soll sie eine Regierung mit supranationalen Vollmachten werden? Soll das letzte Wort über die großen Entscheidungen der Gemeinschaft bei ihr oder beim Ministerrat liegen, der von den Ministern der einzelnen Regierungen gebildet wird, in dessen Schoß also jede einzelne Regierung ihre nationalen Interessen durchfuchten kann? Nur ein kurzer Hinweis auf diese Probleme zeigt bereits, welche bedeutsamen Fragen auch auf dem Gebiet der Wirtschaft noch in diesem Jahr heranreifen.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II
Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Botschafter Conant zurückgetreten

Nachfolger steht noch nicht fest

Washington/Bonn (AP). Der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Dr. James B. Conant, ist von seinem Amt zurückgetreten und wird voraussichtlich am 19. Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren. Ein Nachfolger ist noch nicht benannt.

Präsident Eisenhower hat das Rücktrittsgesuch Conants, von dem die Bundesregierung bereits vor einer Woche unterrichtet wurde, mit dem Ausdruck des tiefsten persönlichen Bedauerns angenommen. In seinem Schreiben betont Eisenhower, Conant habe durch seine unermüdelichen und verständnisvollen Bemühungen wesentlich zur Festigung der Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik beigetragen.

Conant wird sich nach seiner Rückkehr aus Deutschland in New York niederlassen, um sich Erziehungsfragen zu widmen.

DT. Das „tiefste Bedauern“, mit dem Präsident Eisenhower das Rücktrittsgesuch seines Botschafters Conant angenommen hat, kennzeichnet auch das deutsche Empfinden beim bevorstehenden Weggang des amerikanischen Diplomaten. In besonderem Maße entspricht es dem Empfinden der Berliner.

Titos USA-Besuch fraglich?

Angeblieh „jugoslawienfeindliche Kampagne“

Belgrad (AP/DPA). Das jugoslawische Regierungsorgan „Borba“ hat in einem aufsehenerregenden Leitartikel die Ansicht vertreten, eine Reise Titos nach den USA sei wegen der dort geführten jugoslawienfeindlichen Kampagne sinnlos. Man müsse von der jugoslawischen Regierung erwarten, daß sie „die amerikanische Regierung eindeutig davon unterrichtet, daß der Besuch unter diesen Umständen nicht stattfinden kann.“

Ein Termin für die Amerika-Reise des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito stand noch nicht fest, jedoch herrschte zwischen Eisenhower und Tito grundsätzliches Einverständnis über den Staatsbesuch. Nach dem Artikel der „Borba“ ist jedoch damit zu rechnen, daß Tito die Einladung Eisenhowers ablehnen oder zumindest Bedingungen stellen wird.

Die „Borba“ zitiert einzelne verschiedene amerikanische Kongreßabgeordnete und Leitartikel amerikanischer Zeitungen, die Tito einen „Erzkriminalen von Belgrad“ und einen

„Barbaren“ genannt hatten. Ferner verzeichnete sie die Erklärung des Oberbürgermeisters von New York, daß Tito nicht zu den Personen gehöre, „die man in New York offiziell zu begrüßen wünscht“.

Das Blatt schreibt dazu: „Im Licht aller dieser Vorgänge würde die jugoslawische öffentliche Meinung es nicht billigen, daß Präsident Tito unter solchen Umständen die Vereinigten Staaten besucht.“

Für die jugoslawienfeindliche Kampagne sei das amerikanische Volk in keiner Weise verantwortlich, „da die amerikanische öffentliche Meinung dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit zugewandt ist und die Weiterentwicklung der freundschaftlichen jugoslawisch-amerikanischen Zusammenarbeit wünscht“. Die jugoslawische öffentliche Meinung rechne damit, daß die amerikanische Regierung und andere verantwortliche amerikanische Kreise sich nicht nur öffentlich von der jugoslawienfeindlichen Kampagne distanzieren, sondern sie auch verurteilen werden.

Ähnliche Differenzen hatten sich auch 1953 ergeben, als Tito Großbritannien einen Besuch abstattete. Damals hatte Tito selbst erklärt, er würde von dem Besuch Abstand nehmen.

Besucherstrom zur „Grünen Woche“

Zahlreiche Minister in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Zur Grünen Woche werden zahlreiche führende Persönlichkeiten von Politik und Wirtschaft, an der Spitze Bundeskanzler Dr. Adenauer, in Berlin erwartet. Im einzelnen haben sich bisher angemeldet: Ernährungsminister Dr. Lübke, der französische und der niederländische Botschafter in der Bundesrepublik sowie mehrere Ländermini-

ster und Staatssekretäre. Auch eine Reihe von Landwirtschafts-Attachés aus europäischen und außereuropäischen Ländern hat ihr Erscheinen zugesagt. Zu den Fachtagungen, die im Rahmen der Grünen Woche stattfinden, werden sich viele Gäste einfinden. Schließlich erwartet man, besonders zu der Bauernkundgebung am Sonnabend, auf der Bundeskanzler Dr. Adenauer sprechen wird, zahlreiche Besucher aus der Sowjetzone.

Berlin bleibt im Schutz der NATO

Angriff würde weltweite Gegenaktion auslösen

Bonn (EP). Berlin bleibt weiterhin „NATO-Fall“. Kein Angriff, sei er auch getarnt und scheinbar lokal, würde ohne Erwiderung bleiben. Er würde den Angreifer vor das sichere Risiko stellen, eine weltweite Gegenaktion auszulösen. Diese Versicherung erhielten die Berliner Mitglieder der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, als sie kürzlich dem Hauptquartier der NATO in Paris einen Besuch abstatteten.

Die Gruppe unter Führung von Professor Friedensburg hatte in Paris Gelegenheit, die neuesten Auffassungen führender politischer und militärischer NATO-Kreise kennenzulernen. Sie gewannen dabei den Eindruck, daß sich der bevorstehende Amtsantritt des neuen NATO-Generalsekretärs, des Belgiers Spaak, bereits bemerkbar macht. Die stärkere allseitige Konsultation, die aus den internationalen Krisen der letzten Monate erwachsen ist, verbürgt nach Ansicht der Beteiligten eine vermehrte Stabilität des Bündnissystems. Die vorgelegten Informationen ergaben, daß die Aufgabe, Europa vor sowjetischen Aggressionen zu sichern, auch während der Belastungsprobe im November 1956 keine Stunde in Frage gestellt war.

Die Beurteilung der militärischen Möglichkeiten durch die NATO-Sachverständigen ist optimistisch, mit zwei Einschränkungen: Es wurde erklärt, solange der vereinbarte deutsche Beitrag von zwölf Divisionen noch nicht „stehe“ und solange Frankreich durch die Algerien-Rebellion zum dortigen Einsatz gewisser Deckungskräfte aus Mitteleuropa gezwungen sei,

müsse bei einem Aggressionsfall mit der Möglichkeit eines gewissen zeitweiligen Verlustes an Boden gerechnet werden. Sobald aber der deutsche Beitrag nachgeholt sei und Frankreich die Algerienkrise überwunden habe, sei die Aufrechterhaltung einer Verteidigungslinie gemäß der jetzigen Zonengrenzen möglich und bestimmt gesichert.

Journalisten verhaftet

Der Terror in Ungarn geht weiter

Budapest (AP). Radio Budapest hat zum erstenmal offiziell bekanntgegeben, daß fünf ungarische Schriftsteller und zwei Journalisten verhaftet worden sind. Sie werden beschuldigt, sich als Konterrevolutionäre betätigt zu haben.

Kurz nach dieser Bekanntgabe behauptete der ungarische Außenminister Münich in einem Rundfunkinterview, die Schriftsteller- und Journalistenverbände seien „Brutstätten der Reaktion“. Seine Regierung habe auf eine Haltungsänderung der Journalisten und Schriftsteller gewartet, schließlich aber polizeiliche Maßnahmen ergreifen müssen, weil „die Situation unerträglich wurde“.

Bonn (DPA). Die Führungsgremien der Deutschen Partei und der Freien Volkspartei haben am Wochenende in Bonn den vereinbarten Zusammenschluß zur „Deutschen Partei“ gebilligt. Während das Einverständnis der FVP bereits endgültig ist, muß der Beschluß des DP-Direktoriums noch vom Bundesausschuß der Deutschen Partei gebilligt werden.

Kiel (AP). Die Freie Volkspartei Schleswig-Holsteins hat in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den schluß an die DP abgelehnt und angekündigt, ihre Mitglieder würden in Zukunft innerhalb der CDU mitarbeiten.

Die amtliche Nachrichtenagentur MTI beschuldigte am Freitag die diplomatischen Vertreter der USA und Frankreichs in Budapest, ihre diplomatischen Privilegien mißbraucht zu haben. Die Diplomaten beider Länder hätten Vertreter „gewisser westlicher Staaten“ zu einer Besprechung eingeladen, in der angeblich vorgeschlagen wurde, die Lage in Ungarn durch „freiwillige Beobachter“ zu überwachen. Das Diplomatentreffen bedeute eine „unfreundliche Handlung gegen die Gastgebernation“.

Auf Grund mehrerer Anfragen teilte das ungarische Außenministerium jetzt mit, daß sich vier englische Studenten, Mitte Januar in Ungarn verschwunden waren, in Haft befinden.

Die Zahl der nach Österreich fliehenden Ungarn geht infolge der strengen Überwachung der Grenze immer mehr zurück.

Eisenhower will Polen helfen

Lieferungen befürwortet

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat den Vorschlag demokratischer Abgeordneter befürwortet, Polen auf Kredit überschüssige amerikanische Agrarprodukte, landwirtschaftliche Maschinen und Bergbaugeräte zu liefern. Eisenhower erklärte, die Unterstützung eines so freiheitsliebenden Volkes wie des polnischen, werde fraglos die Sicherheit und den Frieden der freien Welt stärken, aber auch klarstellen: „daß die Tür geöffnet

bleibt für engere Beziehungen zu den USA und dem Osten auch auf wirtschaftlichem Gebiet“.

Regierungskreise erklärten ergänzend, es sei in Aussicht genommen, der polnischen Regierung durch eine Anleihe der Weltbank schnelle Hilfe zu gewähren. Eine solche Hilfe brauche Polen, wenn Gomulka seinen Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes fortsetzen solle.

Bahn frei für Eisenhower-Doktrin

Washington (AP). Das amerikanische Repräsentantenhaus hat beschlossen, keine Veränderungen im Nahostprogramm des Präsidenten zuzulassen. Damit ist praktisch bereits sichergestellt, daß das Haus das Programm in der von Präsident Eisenhower gewünschten Form billigen wird.

So sind sie wirklich:

„... endlich mal Minister sein!“

Die Tatsache, daß es in der Sowjetzone soviel jugendliche Minister, Staatssekretäre und Spitzenfunktionäre gibt, spricht nicht unbedingt für moderne Ansichten und jugendfördernde Ambitionen des Systems. Vielfach sind diese Leute fast zufällig zu ihren Ämtern gekommen, mitten aus der beruflichen oder Parteiarbeit heraus. Man fand keinen Harmlosen und stieß sich wenig an dessen fachlicher Unbildung. Nur der „Experte“, der „Spez“ — wie sie in Rußland die Spezialisten nennen — kann gefährlich werden. Der andere verläßt sich auf seine gut beschlagenen Untergebenen und achtet nur, daß es keine politischen Exkursionen gibt.

Bedenklich wird es jedoch, wenn diesen jungen Leuten dann der falsche Ehrgeiz packt. Wenn sie die Fiktion ihrer Stellung ernst genommen wissen wollen und nun nach Macht streben! Greifen wir als Beispiel den heute 34jährigen Hans-Joachim Laabs heraus, der als 32jähriger Minister für Volksbildung wurde und heute als Staatssekretär mit dem beleidigten Gefühl der Degradierung die ostzonalen Oberschulen terrorisiert.

Nach vier Monaten Lehrer

Laabs gehört dem Jahrgang 1922 an. Sohn eines Bäckers aus Kolberg, ging er nach dem Notabitur zum Arbeitsdienst und dann zur Wehrmacht, um Ende 1945 aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen zu werden. In zwei Antifa-Lagern erwarb er sich das Privileg des Lehrerberufs. Vier Monate „Neulehrer“-Ausbildung genügten, um ihn auf eine mecklenburgische Dorfschule — Hornkaten im Kreis Ludwigslust — abzuschleppen. Als Mitglied der KPD unternahm er den kurios gescheiterten Versuch, auf einer einklassigen Dorfschule russischen Sprachunterricht einzuführen. Die Hornkatenener Kinder haben so zwar niemals Russisch gelernt, aber ihr Lehrer wurde 1947 zum Bezirkschulleiter von Grabow berufen.

Bereits ein Jahr später amtierte er mit 26 Jahren als

HANS-JOACHIM LAABS

junger Kreisschulrat des Landes Mecklenburg in Uckermünde. Im Sommer 1949 avancierte er zum Stadtschulrat von Schwerin. „Ich werde noch Minister!“ scherzte er in linksischer Verlegenheit auf einer Lehrerkonferenz. Eine folgenreiche Liebesaffäre mit einer 16jährigen Oberschülerin schien diese Aussicht jedoch erst einmal zu vernebeln.

Der Sprung nach oben

Der Endspurt zum Funktionärshimmel begann im Februar 1950, als Gras über die alte Geschichte gewachsen war und Laabs zum Leiter der Hauptverwaltung Unterricht und Erziehung an das mecklenburgische Volksbildungsministerium berufen wurde. Die erste Tat des 27jährigen Volksbilders war der Zwangswerb einer 8-Zimmer-Wohnung, aus der er vier Familien exmittieren ließ und die er dann mit einem niemals gesehenen imaginären „Untermieter“ bewohnte. Als die Wohnung mit beschlagnahmtem Flüchtlingsgut möbliert war, im Sommer 1950, ernannte ihn Grotewohl zum „Verdienten Lehrer des Volkes“.

Im November des gleichen Jahres übersiedelte der damalige mecklenburgische Volksbildungsminister Gottfried Grünberg nach Ostberlin, um als Generalsekretär die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ zu übernehmen. Laabs wurde sein Nachfolger in Amt und — Villa. Und der nun 28jährige prägte im SED-Zentralorgan den klassischen

Sowjet-Künstler unerwünscht

Rom (DPA). Die italienischen Behörden haben dem sowjetischen Geiger David Oistrach, dem Pianisten Malinin und dem Moskauer Borodin-Quartett das Einreisevisum nach Italien verweigert. Die Verweigerung der Einreise wurde mit der Befürchtung begründet, daß ein Auftreten dieser Künstler nach den Ereignissen in Ungarn Mißfallenskundgebungen auslösen könne.

Satz: „Unser Staat gibt jedem das, was er verdient!“

1952 verlangte die Partei eine radikale Säuberung im Volksbildungsapparat. Die Frau des damaligen SSD-Chefs, Else Zaisser, war verantwortlich für das Schulwesen. Laabs wurde ihr als Staatssekretär nach Ostberlin überstellt. Dann kam der 17. Juni 1953. Zaisser und Herrstadt wurden in die Wüste geschickt. Auch Else Zaisers Thron begann zu wanken. „Wenn die Else mal geht“, sagte Laabs, „paß auf, die holen mich!“

Und sie holten ihn, Else Zaisser war gegangen. Kommissarischer Minister war der 31jährige, im März 1954 wurde er es mit Urkunde und Portfeuille. Als „Minister für Volksbildung der Regierung der DDR“ inspizierte er die noch immer in der Meichen trüben Stube schwitzende Einklassenschule von Hornkaten: „Hier, Genossen, hat euer Minister begonnen! Von der Pike auf, wie es einem Sozialisten ziemt...“ Die Kinder bohrten in der Nase und sangen das Weltjugendlied.

Der kommende November brachte dem jungen Laabs die bitterste Enttäuschung seines Lebens. Fritz Lange, abgebauter Staatskontrolleur und oberster Patriot nebst Museumspfleger, wurde Volksbildungsminister. Laabs fiel auf den Posten des Staatssekretärs und Stellvertreters ab. Diese Enttäuschung hat er nicht mehr überwunden. Der eitle und allen Schmeicheleien zugängliche junge Mann wurde böse, zänkisch und gefährlich. Er begann, die Mitarbeiter des Ministeriums zu tyrannisieren und schulmeisterte alte Pädagogen in einer Art, die sogar den dortigen Bräuchen zuwiderlief. Lange kanzelte ihn öffentlich auf einer Schulveranstaltung in Pankow ab, indem er ihm Mäßigung anempfahl. Seither sinnt Laabs auf Langes Posten mehr als je zuvor. Der Streit der beiden ist Ministeriums-Klatsch geworden. Nur die Verantwortlichkeit beider für das sowjetzonale Volksbildungswesen ist traurige Wirklichkeit.

Der Aufstand gegen die Halbbildung

Zur Situation an den sowjetzonalen Oberschulen

Die Flucht der Storkower Oberschüler nach dem Westen, die kürzlich weit über die Grenzen Deutschlands hinaus von sich reden machte, hat schlagartig ein neues Licht auf die Situation an den sowjetzonalen Oberschulen geworfen. Zu viele Menschen im Westen waren geneigt, die Absolventen dieser Lehranstalten als gut dressierte Aspiranten einer kommunistischen Funktions-Äquipe zu betrachten. Die Storkower Affäre hat daher eine längst fällige Diskussion ins Rollen gebracht. Sieht es doch an den ostzonalen Oberschulen ganz anders aus, als die Schwarzseher behaupten! Kritische junge Menschen wachsen hier heran, die sich neben den kritiklosen FDJ-Mitläufern eine feste Position erobern. Junge Menschen, die die Bildung als Waffe gegen den Totalitarismus benutzen möchten.

Der zeitweilig mildere Kurs der SED hat es mit sich gebracht, daß viele Söhne nicht-kommunistischer Eltern das Bildungsprivileg der Funktionskaste durchbrachen. Viele Oberschulklassen wurden auf diese Art Stätten der Begegnung zwischen Jungkommunisten und Kindern liberaler Elternhäuser. Das gemeinsame Streben nach Bildung brachte völlig extreme Pole miteinander in Kontakt. Das sah in der Praxis bald so aus, daß die Jungkommunisten, also die FDJler und Funktionsärskinder, ihren Standpunkt gegen einen Großteil ihrer Mitschüler verteidigen mußten. Den nicht-kommunistisch erzogenen Jugendlichen gab dies Gelegenheit, ihre geistigen Waffen frühzeitig zu schärfen. Die in FDJ und Elternhaus zur Denkfaulheit erzogenen Jugendlichen aber kamen mit Argumenten und Bildungselementen in Berührung, die zum Nachdenken zwingen mußten. Was war die Folge?

Gefährlicher Schmelztiegel

Die einen wappneten sich gegen die stalinistisch verzerrte Ideologie des Kommunismus, ihr kritisches Urteilsvermögen überstieg oft die eigentliche Altersreife. Die anderen jedoch lernten das Dogma mißachten. In der verbissenen Absicht, das Dogma zu verteidigen, mußten sie sich mit der Kritik an ihm auseinandersetzen und beschriften so die für einen Kommunisten gefährlichsten Pfade. Es ist ein offenes Geheimnis, daß an den Oberschulen gerade unter den Jungkommunisten Bücher und Schriften von Trotzki, Altdrucke von Marx und Kautsky und Bücher west-

licher modernen Philosophen kursieren. Oft übersteigt der geistige Gehalt dieser Bücher das Fassungsvermögen der 16- bis 18jährigen, aber sie lassen nicht davon! Im Bestreben, einander geistig zu übertrumpfen, geraten die nichtkommunistischen und die kommunistischen Jugendlichen an diesen Schulen in einen Schmelztiegel, der keine dem Dogma ergebenden Funktions-Änwärter zeugt...

In den letzten Monaten war viel von Unruhen an den Universitäten und von Opposition unter den Studenten in Rede. Wären nicht die Storkower gewesen, man hätte ganz und gar die Oberschüler darüber vergessen! Hier schwelt mindestens soviel offene und heimliche Empörung. Wenn bei der Suche nach „comic-strips“ an einer Oberschule in Ostberlin-

Programm zur „Säuberung der Schulen“

Die SED hat erst in den letzten Tagen ein Programm zur Säuberung der Oberschulen ausgearbeitet. In der pädagogischen Fachpresse der Zone und im SED-Zentralorgan wird schweres Geschütz gegen die „undankbaren und unloyalen“ Oberschüler aufgeföhren. Der Stellvertretende Volksbildungsminister Hans-Joachim Laabs warf den Jugendlichen vor, sie mißbrauchten die Chance, die ihnen der Staat durch die Bildungsvermittlung an den Oberschulen gäbe. Wer das „Geschenk der Bildung“ entgegennehme, müsse es auch für den verwenden, der es gegeben hat.

Dies aber dürfte ein einmaliger Standpunkt sein. Warum schickt denn die SED nicht nur bewährte FDJler auf die

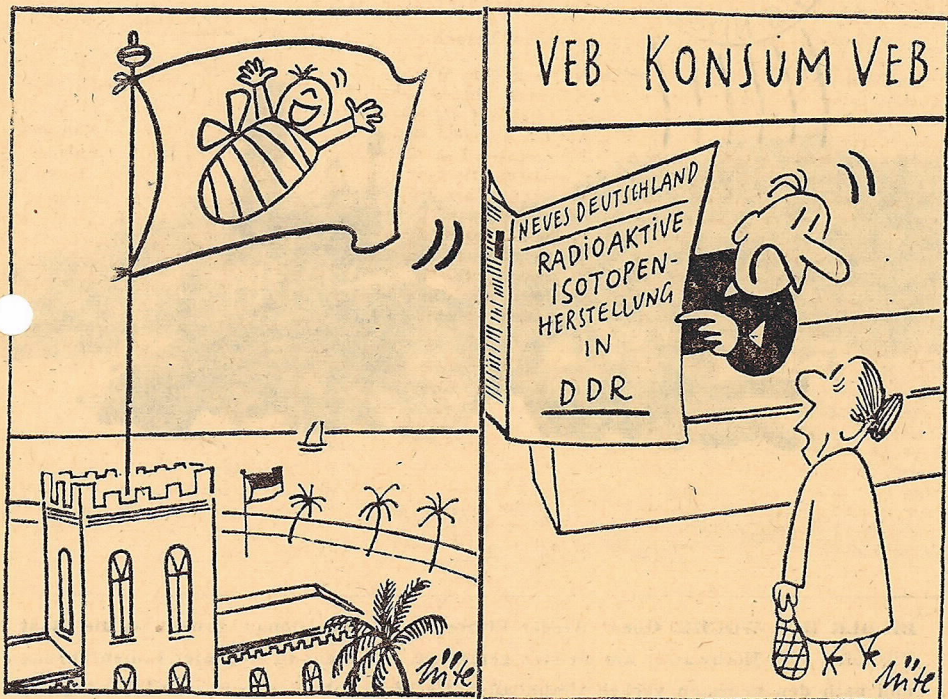
SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelegen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2, Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Weißensee anstatt dieser auch im Westen anrühenden Schmöker an einem einzigen Tage 86 im illegalen Schülerverleih zirkulierende Bücher wissenschaftlich-antikommunistischen Inhalts gefunden werden, dann spricht dies für sich. Diese Jungen verfallen gar keiner „Hetzpropaganda“, sie suchen sich die Wahrheit unter unendlichen Schwierigkeiten ganz allein.

Oberschulen? Weil sie für ihr Staatswesen die junge Intelligenz von morgen einfach nicht entbehren kann! Aus reinem Egoismus schickt sie die Klugen und Fleißigen auf Oberschule und Universität, durch eine wohlausgeklügelte Halbbildung sorgt sie dafür, daß jene dort nicht mehr und nichts anderes lernen, als für die später vorgesehene Funktion notwendig ist. Die betroffenen Jugendlichen aber beginnen — gerade auf Grund der eingangs geschilderten Umstände — gegen diese „Halbbildung“ zu revoltieren. Die Suche nach dem vorenthaltenen Wissen, das Tasten nach der Wahrheit — beides sind die Stützen und Grundelemente jeder geistigen Veränderung.



Monaco flaggt!

„Tolle Sache, was?“
„Ja, und wann gibst du genug Margarine?“

Hans Speidel

DT. „Wer den Frieden will, muß zum Krieg bereit sein“ — aus dem Mund des vielleicht „civilisten“ deutschen Generals klingt der Satz nicht wie eine Phrase. Der 59jährige Schwabe Hans Speidel, Dr. phil. mit dem Prädikat „magna cum laude“, verkörpert den modernen Typ des dreidimensionalen Feldherrn: Er ist Strategie, Diplomat und Gelehrter (er las immerhin in Tübingen Philosophie) zugleich. Diese seltene Verbindung ließ ihn wohl auch bei den NATO-Verbündeten für den für einen deutschen General heiklen Posten des Oberbefehlshabers der Landstreitkräfte in Europa geeignet erscheinen.

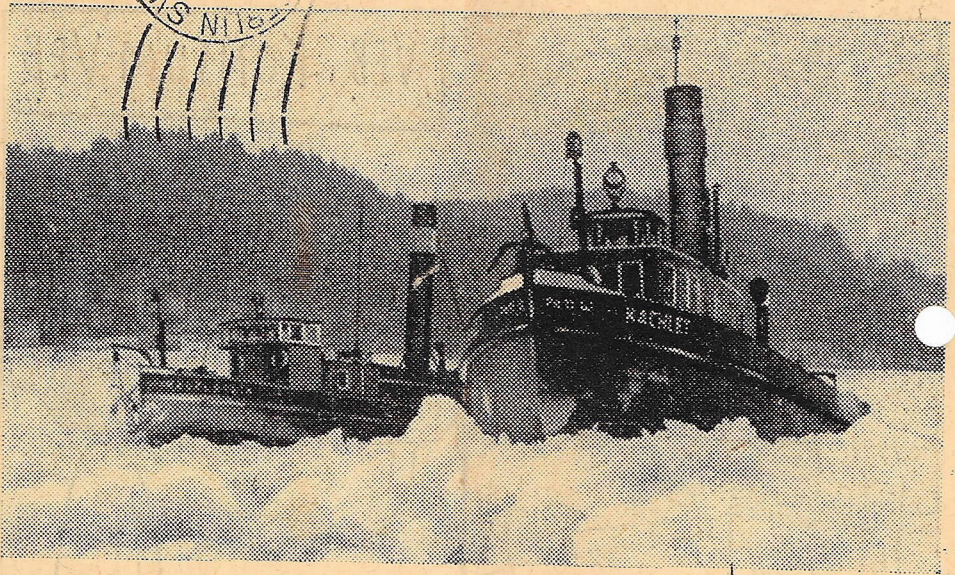
Seine freundlich-bescheidene Art und die aus angebotener Toleranz und Geschmeidigkeit resultierende Kontaktfähigkeit brachten dem Professorensohn

aus dem württembergischen Metzingen Freunde in allen Lagern und Nationen. Die Beherrschung mehrerer Fremdsprachen und seine militärschriftstellerische Tätigkeit in deutschen und ausländischen Zeitungen und Verlagen taten ein übriges, ihn auf dem internationalen Parkett der Militärpakte salonfähig zu machen. Er hat dabei in den vergangenen Jahren als deutscher Repräsentant im NATO-Hauptquartier sowie bei Besuchen in England, Amerika, Spanien und Portugal viel für Deutschland erreicht.

Wenn der hochgewachsene, breitschultrige Offizier, Vater einer Tochter, früher in Zivil sein Inkognito löfete, war man im Ausland oft erstaunt, hinter dem Gelehrtentyp mit heller Hornbrille einen „Militaristen“ zu entdecken. Dieser fast romanische Lebensstil

brachte schon den Hauptmann als Gehilfen des deutschen Militärattachés 1933 für zwei Jahre in die französische Metropole. Seitdem liebt er Paris, das er abermals für zwei Jahre im zweiten Weltkrieg als Generalstabschef des Militärbefehlshabers von Frankreich widersah.

Als besonderer Hinweis auf die Eignung Speidels für die neue Aufgabe kann wohl gelten, daß bereits 1951 der militärische Mitarbeiter der großen Londoner Sonntagszeitung „Sunday Dispatch“ sich sehr anerkennend über diesen deutschen General äußerte und schrieb: „Er ist zweifellos der Mann, der als erster deutscher Oberbefehlshaber wieder einmal deutsche Truppen befehlen wird, die mit denen Großbritanniens verbündet sind. Zum letzten Male war das der Fall, als Marschall Blücher 1815 unsere Exverbündeten, die Preußen, in die Schlacht von Waterloo führte.“



BILDER DER WOCHE. Oben: Wieder Eisbrecher auf der Donau. Erneut ist die Stadt Vilshofen vom Hochwasser am meisten gefährdet. — Unten: In eleganter Linienführung und nach den neuesten verkehrstechnischen Gesichtspunkten gebaut, wird künftig die Bundesstraße 9 am Rhein entlang führen. Paradestück dieser Straße wird der neue Viadukt bei Unkelstein, zwischen Remagen und Oberwinter.

